

Was schief läuft



VON HANS BRAUN

Prof. Dr. em. Hans Braun ist Professor für Soziologie und Sozialpolitik an der Universität Trier und Mitglied der Arbeitsgruppe Angewandte Sozialforschung. Die Arbeitsgebiete des ehemaligen Geschäftsführenden Direktors des Zentrums für Arbeit und Soziales an der Universität Trier sind international vergleichende Sozialpolitik, Dienstleistungsökonomie, Wohlfahrtsforschung und Sozialstrukturanalyse.
www.uni-trier.de

Ein neues Buch will mit Irrtümern und Fehlinterpretationen zum Thema Armut aufräumen. Es plädiert für einen breiten Ansatz der Armutspolitik, die Menschen dabei hilft, ihre Potenziale zu entfalten, und die Teilhabe ermöglicht.

Es gibt gesellschaftliche Themen, bei denen jeder Ansatz einer differenzierten Auseinandersetzung unweigerlich zu dem Vorwurf führt, Probleme sollten verharmlost werden. Dazu gehört sicherlich das Thema »Armut«. Dem wird auch Prof. Dr. Georg Cremer nicht entgehen. Doch obwohl er als Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes um dieses Muster der öffentlichen Diskussion weiß, stellt er sich der Aufgabe, die konzeptionellen und empirischen Ansätze zur Erfassung von Armut zu klären, Begründungen für eine zielgruppenspezifische Armutsprävention zu liefern und realistische Handlungsstrategien aufzuzeigen.

Zwar handelt es sich bei Armut um ein komplexes Phänomen – schließlich gibt es ja nicht nur einen Mangel an Einkommen, sondern auch an Zuwendung, an sozialen Kontakten oder an Lebensperspektiven –, doch steht im heutigen Diskurs nun einmal materielle Armut im Vordergrund. Dies lässt sich damit begründen, dass nicht-materielle Armut zwar nicht durchgängig die Folge unzureichender materieller Ressourcen ist (auch gutsituierte Menschen können unter Einsamkeit leiden oder ihr Leben als inhaltsleer empfinden), dass Kontaktarmut, fehlende Perspektiven und Sinndefizite aber häufig mit unzureichenden materiellen Ressourcen einhergehen. Von daher ist es nur folgerichtig, wenn Cremer sich ausführlich mit materieller Armut beschäftigt und damit den Bezug zur aktuellen Diskussion herstellt.

In dieser Diskussion ist allerdings schon die Frage, ab welchem Einkommen von Armut zu sprechen ist, Anlass für Kontroversen. So stößt die EU-Vereinbarung auf Kri-

tik, Armut liege dann vor, wenn das nach Haushaltsgröße gewichtete Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens ausmacht (»Armutsrisikoschwelle«). Da das mittlere Einkommen in aller Regel unter dem Durchschnittseinkommen liegt, steht der Vorwurf im Raum, mit der Orientierung am Medianeinkommen solle die Armutsrisikoquote niedrig gehalten werden. Aus der Sicht des Verfassers ist die Orientierung am Medianeinkommen aber deshalb sinnvoll, weil das Durchschnittseinkommen durch sehr hohe Einkommen nach oben gezogen werde, Menschen in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Mangelsituation aber vor allem im Vergleich zu den Einkommensverhältnissen in der gesellschaftlichen Mitte empfinden.

Selbst wenn die EU-Regel zur Bestimmung der Armutsrisikoquote akzeptiert wird, ist noch nicht entschieden, wie groß die betroffene Bevölkerungsgruppe tatsächlich ist. Von Problemen der statistischen Erfassung einmal abgesehen, geht es hier vor allem um die durchaus interessante Frage, wie groß die Gruppe derer ist, für die Armutsgefährdung bereits eine Lebensperspektive darstellt oder werden kann und wie groß die Zahl jener ist, für die es sich nur um eine vorübergehende Phase mit der Aussicht auf eine deutliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage handelt. Dies gilt vor allem für Auszubildende und Studenten. Sie gehen in die Bevölkerungsgruppe der Armutsgefährdeten ein, obwohl ihre Armutsgefährdung von ganz anderer Qualität ist als diejenige von Langzeitarbeitslosen oder Alleinerziehenden.

Eine noch größere Rolle als die am »60 Prozent-Kriterium« festgemachte Armutsrisikoquote dürfte in der in Deutschland geführten Diskussion indessen die Zahl der Empfänger von Grundsicherung (Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe) spielen, durch welche das soziokulturelle Existenzminimum abgedeckt werden soll. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die entsprechenden Daten verhältnismäßig leicht zugänglich sind. Dabei wird die Praxis, den Bezug von Grundsicherung mit Armut gleich zuzusetzen, gewöhnlich kaum mehr hinterfragt. Und da es sich beim sozioökonomischen Existenzminimum um eine politisch festgelegte Größe handelt, liegt die Forderung an den Gesetzgeber nahe, die Regelsätze zu erhöhen. Dies führt allerdings zu dem paradoxen Mechanismus, dass mit der Erhöhung der Bemessungsgrenzen notwendigerweise die Zahl der Anspruchsberechtigten und damit wiederum die Zahl der über die Anspruchsberechtigung definierten »Armen« wächst.

Wo Georg Cremer sich mit Problemen der Bestimmung des Umfangs von »Armut« auseinandersetzt, geschieht dies im Bestreben, eine Basis für eine empirisch fundierte und intellektuell redliche Diskussion zu schaffen. Zur intellektuellen Redlichkeit gehört es dabei auch, den normativen Bezugspunkt zu benennen, von dem aus Entwicklungen bewertet und Handlungsstrategien begründet werden. Für ihn ist dieser Bezugspunkt das Prinzip der Befähigungsgerechtigkeit: »Damit Menschen ein gelingendes Leben führen können, müssen sie ihre Fähigkeiten entfalten können.« (S. 12). Dazu braucht es begünstigende Rahmenbedingungen, die nicht nur, aber doch auch von den materiellen Ressourcen der Betroffenen bestimmt werden. Dies gilt insbesondere für die drei großen Risikogruppen der Arbeitslosen und geringfügig Beschäftigten, der in sozial oder ökonomisch problematischen Haushalten lebenden Kinder sowie der Menschen mit Migrationshintergrund.

Befähigung von arbeitslosen Menschen bedeutet neben der Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten, die für den Arbeitsmarkt relevant sind, vor allem, diesen Menschen die Chance zu eröffnen, sich unter realen Bedingungen der Arbeitswelt – wieder – zurechtzufinden. Dabei, so Cremer, seien insbesondere für diejenigen, die über längere Zeit hinweg keinen Zugang zum Arbeitsmarkt fanden, auch sol-

che Arbeitsplätze von Bedeutung, die nicht von vornherein eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive eröffnen (S. 164). Auch könne auf ein gewisses Maß an öffentlich geförderter Beschäftigung und damit auf einen »sozialen Arbeitsmarkt« für Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt aus Gründen, die in ihrer Biographie oder ihrer Persönlichkeit liegen, keine Chancen haben, nicht gänzlich verzichtet werden. Weiterhin könnten Ein-Euro-Jobs im Hinblick auf einen sozialen Arbeitsmarkt genutzt werden, sofern dabei Menschen nicht gezwungen werden, in »marktfernen Parallelwelten« zu agieren, die es ihnen nicht erlauben sich zu bewähren (S. 172).

Bei der Befähigung von Kindern und Jugendlichen spielt natürlich das Bildungssystem eine wichtige Rolle, das Cremer allerdings in mancherlei Hinsicht als »fern von den Bildungsfernen« ansieht (S. 146). Er verweist in diesem Zusammenhang auf die großen regionalen Disparitäten bei der Zahl der Jugendlichen, welche die Schule ohne allgemeinbildenden Abschluss verlassen. Er hält unter anderem die Schaffung von Netzwerken, in denen Schulen und soziale Dienste zusammenarbeiten, für einen Erfolg versprechenden Ansatz, um schulmüde Kinder und Jugendliche sowie Schulweigerer aufzufangen. Wo Schulabstrenzung aber hingenommen werde, handle es sich um »eine besonders gravierende Form des Bildungsausschlusses« (S. 153).

Auch bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kommt dem Bildungssystem eine große Bedeutung zu. Dies gilt zunächst einmal für die Kinder und Jugendlichen, darüber hinaus aber auch für diejenigen, die als junge Erwachsene, etwa als Flüchtlinge, in unser Land kommen. Ohne Sprachkenntnisse und ohne eine qualifizierte Ausbildung bleibt die Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft prekär. Bei nicht gelungener Integration, so Cremer, drohe aber Armut. Problematisch sei deshalb auch die in dieser Bevölkerungsgruppe oftmals anzutreffende Neigung, eine Beschäftigung ohne Qualifikation einer niedrig vergüteten, aber zukünftige Chancen eröffnenden Ausbildungszeit vorzuziehen.

Bemerkenswert an den Erörterungen Cremers ist, dass er Armut nicht nur im Hinblick auf verursachende Faktoren und auf die Auswirkungen für die Betroffenen betrachtet. Ihm kommt es auch auf die gesellschaftlichen Wirkungen des medialen, wissenschaftlichen und politischen



Georg Cremer: Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln? Verlag C. H. Beck, München 2016. 268 Seiten. 16,95 Euro. ISBN 978-3-406-69922-1.

Umgangs mit diesem Phänomen an. »Die derzeitige Armutsdebatte in Deutschland nützt den Armen nicht«, lautet schon der erste Satz des Vorworts. Damit meint Cremer die Tendenz zur Skandalisierung bei Bekanntwerden neuer Daten zur Lebenslage bestimmter Bevölkerungsgruppen und zur Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Deutschland. Er sieht die Gefahr, dass der immer wiederkehrende Verweis auf wachsende Armut in unserem Land bei der größten Gruppe der Steuerzahler, nämlich den Angehörigen der Mittelschicht, zu einer Solidaritätsverdrossenheit führt. Wenn trotz der Steuer- und Abgabenlast die Armut doch immer weiter wächst, dann, so ein möglicher Schluss, »wären ja vielleicht die Verhältnisse mit weniger Sozialstaat auch nicht so viel schlimmer als heute« (S. 219). Das Bewusstsein wachzuhalten für die Ursachen und Erscheinungsformen von Armut in unserem Land und für die Bedeutung einer Befähigung der Betroffenen zur Verbesserung ihrer Lage ist wichtig, zur Routine werdende Skandalisierung aber schadet, weil sie zu Abstumpfung führt. Hier tragen Wissenschaftler, Journalisten und Verbandsvertreter zweifellos eine besondere Verantwortung.

Sachlich, aber mit ausgeprägter Sensibilität für die Lage derer, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, entfaltet Georg Cremer seine Argumente. Faktenreich und anschaulich ist die Darstellung, klar und mit griffigen Formulierungen angereichert die Sprache. Alles in allem eine auf reichhaltiges Datenmaterial gestützte, sozialetisch entschiedene und die sozialpolitische Praxis kritisch reflektierende Auseinandersetzung mit einem zentralen gesellschaftlichen Problemfeld. ■